

Autoritarismus und Liberalismus in Russland: Eine zweite "Perestroika" oder ein zweites "1968"?

Michaleva, Galina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Michaleva, G. (2004). Autoritarismus und Liberalismus in Russland: Eine zweite "Perestroika" oder ein zweites "1968"? *Russland-Analysen*, 24, 2-5. <https://doi.org/10.31205/RA.024.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Kommentar

Autoritarismus und Liberalismus in Russland.

Eine zweite „Perestroika“ oder ein zweites „1968“?

Galina Michaleva, Moskau

Galina Michaleva ist Direktorin des Zentrums für das Studium zeitgenössischer Politik und Leiterin der Regionalverwaltung der Partei „Jabloko“.

Mein Ziel ist es nicht, an dieser Stelle die allseits bekannten Kennzeichen des russischen Autoritarismus wie fehlende Gewaltenteilung und Beschneidung demokratischer Rechte und Freiheiten aufzählen. Ich erwähne nur einige aktuelle Entwicklungen, die die These von der konsequenten Entwicklung zum autoritären Regime, das versucht, die übriggebliebenen Freiräume einzuschränken, bestätigen.

Die Beschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte

Zu nennen ist bei der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten die Annahme des Gesetzes „Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen und das Aufstellen von Streikposten“ in erster Lesung am 31. März 2004 durch die Duma. Dieses Gesetz macht die bürgerlichen Rechte, die in Artikel 31 der Verfassung der Russischen Föderation verankert sind, zunichte. Das Recht, Protest auszudrücken, ist wohl das einzige demokratische Recht, das den russischen Bürgern noch verblieben ist und im übrigen auch in Anspruch genommen wird. So gab es etwa in jüngster Zeit tagelange Demonstrationen der Opposition nach den Dumawahlen in Kalmückien, Mahnwachen von Menschenrechtlern, massenhaften Proteste in Woronesch gegen Preiserhöhungen für kommunale Dienstleistungen oder Aktionen von Umweltschützern.

Selbst nach den Korrekturen, die der Präsident jetzt in das Gesetz eingefügt hat und die die schlimmsten Bestimmungen beseitigen, verhindern die langen Anmeldefristen für öffentliche Versammlungen und Demonstrationen (10–15 Tage) eine schnelle Reaktion der Gesellschaft auf Maßnahmen der Staatsmacht. Das Demonstrationsverbot vor umweltschädlichen Unternehmen verhindert Proteste von Umweltschützern. Ansonsten darf die Gesellschaft alles und jeden beunruhigen, nur nicht den Präsidenten, vor dessen Residenz auch nicht demonstriert werden darf.

Versammlungen definiert das Gesetz aber so, dass sie von den Beamten praktisch nach Gutdünken verboten werden können. Die Regierung fürchtet offensichtlich Massenproteste, die infolge der unpopulären Kommunal-, Renten-, und Bildungsreformen unvermeidlich sind, und hat beschlossen, sich auf diese Weise davor zu schützen.

Ein zweites Beispiel für weiter zunehmende autoritäre Tendenzen in Russland sind Maßnahmen zur

Einschränkung der Bekenntnisfreiheit: Protestantische Geistliche müssen jetzt den Verwaltungsorganen Listen ihrer Gemeindemitglieder zur Verfügung stellen. Eine Auflage, die es selbst zu Zeiten der Sowjetunion nicht gegeben hat.

Rückkehr in die Jahre 1987–1988?

Viele Beobachter vertreten die Meinung, dass Russland, nachdem es einen Zyklus von der Demokratisierung zur Verunsicherung durchlaufen habe, nun wieder in einer Situation angekommen sei, die der Perestroika der Jahre 1987–1988 vergleichbar ist. Doch diese These ist oberflächlich. Die Perestroikazeit und das gefestigte Putinsche Regime unterscheiden sich sowohl im Äußeren wie im Inneren wesentlich voneinander.

Erstens war der Westen damals an einer Demokratisierung Russlands interessiert und übte daher einerseits äußeren Druck aus und leistete andererseits den demokratischen Bewegungen und Tendenzen aktive Hilfe. Jetzt aber ist der Westen an einer Stabilisierung und nicht an einer Demokratisierung Russlands interessiert. Die offizielle Position sowohl der EU als auch der USA dient, trotz kritischer Bemerkungen an die Adresse Putins, der Unterstützung des bestehenden Regimes, auch in finanzieller Hinsicht. Der offizielle Westen tut so, als ob er der demokratischen Rhetorik glaubt und sieht in Russland einen „gleichberechtigten Partner“. Obwohl die EU und die USA in ihren offiziellen Dokumenten ihre Unterstützung für Demokratisierung und die Entwicklung von Zivilgesellschaft bekunden, setzen sie in ihrer Russland-Politik de facto auf die entstandenen administrativen und wirtschaftlichen Strukturen.

Zweitens war die Legitimität des Sowjetregimes bei der Bevölkerung gegen Ende der 1980er Jahre minimal, während die des Putinschen auf dem Höhepunkt ist. Den Demokraten gelang es 1989 im Obersten Sowjet der UdSSR, ebenso wie in den Sowjets auf der unteren Ebenen im folgenden Jahr, ihre Kandidaten praktisch ohne finanziellen Aufwand durchzusetzen. Die Zugehörigkeit zu einer Bewegung, die gegen die Allmacht der Kommunistischen Partei auftrat, war ausreichend für einen Wahlsieg. Heute stimmt die überwältigende Mehrheit des Volkes für Putin. Die Anzahl der Stimmen für die Partei, die er unterstützt, hat zu einer parlamentarischen Mehrheit geführt. Die Opposition findet sich im

Parlament in einer Minderheit – wie die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) – oder ist außerparlamentarisch wie die Partei „Jabloko“.

Drittens zielten die Demokratisierungsforderungen der Gegenelite in der Perestroika auf die Veränderung der formalen Institutionen – nämlich auf Abschaffung des Artikels 6 der Verfassung der UdSSR und damit auf die Abschaffung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei. Heute sind die demokratischen Normen in der Verfassung und in den Gesetzen verankert – nur die Praxis weicht grundlegend von ihnen ab.

Viertens war die Mobilisierung der Bürger während der Perestroika auf dem Höhepunkt, heute ist sie kümmerlich. Versammlungen und Demonstrationen für Jelzin und gegen den Artikel 6 der Verfassung brachten Zehntausende, in Moskau sogar Hunderttausende von Menschen auf die Beine. In den Fabriken gab es Massenstreiks. Die gesellschaftliche Demobilisierung zeigt sich heute auch in der geringen Wahlbeteiligung – selbst bei Wahlen auf föderaler Ebene. Die Wiederholung von Wahlen wegen einer Wahlbeteiligung unter 25% werden auf regionaler und vor allem auf lokaler Ebene schon zur Gewohnheit.

Die Instabilität des Regimes

Nicht nur das Regime von 1987–88 war instabil, auch das heutige Regierungssystem ist es. In der spätsowjetischen Zeit begann das System zu wackeln, wenn sich die Positionen der herrschenden Eliten auch nur im geringsten änderten. Das heutige System ist ebenfalls instabil, weil es keine Flexibilität und keine „checks and balances“ besitzt, die die Abstimmung unterschiedlicher Interessen garantieren. Ein Faktor der Instabilität ist auch die extreme Verengung des Personenkreises, der Schlüsselentscheidungen fällt, die Undurchsichtigkeit des Entscheidungsprozesses selbst (es gibt keine gesellschaftliche Kontrolle, auch nicht durch die Massenmedien) und die fehlende Verantwortlichkeit der Politiker für den politischen Kurs.

Die Perestroika war die Folge des Sieges der Reformer, die in vielem von der spontan entstandenen demokratischen gesellschaftlichen Bewegung unterstützt wurden, in einem Konflikt, der innerhalb der Elite ausgetragen wurde. Unter dem Putinschen Regime gibt es aber offensichtlich keinen Akteur, der andere Ziele als die von der Regimeelite verkündeten hat und deklariert. Konflikte innerhalb der Elite berühren keine gesellschaftlich relevanten Interessen und bleiben „unter dem Teppich“. Keine der Gruppen, die für Schlüsselentscheidungen verantwortlich ist, appelliert an die Gesellschaft oder sucht die Unterstützung der Bürger.

Instabil wird das Regime auch, weil sich zwischen deklarierten Zielen, Rechtsnormen und realer politischer Praxis eine immer größer werdende Kluft auftut. Die Imitation demokratischer Institutionen erschwert nicht nur die Lösung von Konflikten (wenn sie sie nicht gar unmöglich macht) – je mehr sich diese Imitation von der Wirklichkeit unterscheidet, je eher zeigt sie den Bürgern, dass die Herrschenden sie betrügen.

Perspektiven für einen Regimewechsel?

Welche Perspektiven gibt es für einen Ausweg aus dem Autoritarismus, für eine Rückkehr auf den Weg der Demokratisierung – für eine zweite „Perestroika“? Die Pessimisten sehen eine solche Möglichkeit im Augenblick nicht und erwarten einen Regimewechsel erst in Jahrzehnten. Man kann die heutige Situation aber auch optimistischer betrachten. Denn die Regimeeliten befinden sich heute in einer im Grunde ausweglosen Lage. Die Reformen, die schon eingeleitet sind, werden die Bevölkerung unvermeidlich hart treffen: Kommunal-, Renten-, Bildungs- und Gesundheitsreform. Schon die ersten Schritte zu solchen Reformen rufen breite Unzufriedenheit hervor, in einigen Regionen führen sie sogar zu Massenprotesten.

Der Einkommenszuwachs jener Bevölkerungsgruppen, die die soziale Basis des Regimes darstellen, ist durch ein Wirtschaftswachstum zustande gekommen, das langfristig nicht gesichert ist. Und dieses Wirtschaftswachstum ist nicht nur von Weltenergiepreisen abhängig – die fallen können – sondern auch davon, dass in die Rohstoffförderung investiert wird – was nicht der Fall ist. Weiterhin impliziert die Entwicklungslogik des Regimes eine Verstärkung autoritärer Tendenzen, was für einen bedeutenden Teil der gesellschaftlichen Meinungsmacher inakzeptabel ist. Die gleichzeitige Schmälerung sowohl sozialer als auch politischer Rechte der Bürger wird unvermeidlich zu Massenprotesten führen. Dieses Protestpotenzial, das bisher noch nicht aktiviert ist, ist die erste Voraussetzung für Änderungen im Regime.

Wenn die herrschende Elite mit Repressionen antwortet, so wird dies nur die Proteststimmung verstärken. Druck von Seiten des Staates verstärkt die Mobilisierung der Bürger, dies hat uns die Geschichte oft gezeigt: im Baltikum, in Georgien, wie auch in Russland. Die Jugendrevolution des Jahres 1968 ist ein zentrales Beispiel hierfür. Analogien gerade mit dieser Periode geben mehr Spielraum für gedankliche Ausflüge als ein Vergleich mit der Periode der Perestroika: Denn die damaligen Jugendproteste reagierten auf autoritäre Tendenzen in – formal – demokratischen Systemen. Wenn das Regime aber, um das Gesicht zu wahren, auf Repressionen verzichtet, wird es gezwungen sein, den politischen Kurs zu ändern. Dass

gerade eine solche Entwicklung durchaus möglich ist, zeigt die Reaktion des Präsidenten auf das schon erwähnte Demonstrationsgesetz.

Die zweite Vorbedingung für erfolgreiche Proteste gegen Autoritarismus ist das Vorhandensein einer Gegenelite, die imstande ist, das Protestpotenzial zu strukturieren und zu dirigieren und die die Möglichkeit hat, legal innerhalb der vorhandenen Institutionen zu agieren. Die begonnenen Konsolidierungsprozesse der geschwächten parlamentarischen Opposition und der außerparlamentarischen Parteien werden durch das existierende Regime und sein Instrument, „Einiges Russland“, den gemeinsamen Gegner von KPRF, Jabloko, Union der Rechten Kräfte (SPS) und der kleinen demokratischen Parteien stimuliert.

Noch ist diese Kooperation lokal und vereinzelt: Sie realisiert sich in einzelnen Fragen, wie z.B. der Wahlbeobachtung oder dem Widerstand gegen administrative Ressourcen, oder der Bildung von mehr oder weniger breiten Koalitionen mit unterschiedlicher Zusammensetzung in einigen Regionen – zwischen SPS und Jabloko, oft unter Teilnahme von „kleinen“ Parteien (im Altaj, in Krasnojarsk, in Swerdlowsk, St. Petersburg und Wladimir) oder sogar mit Beteiligung der KPRF (in Tjumen). Die Beteiligung von Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen und einiger unabhängiger Gewerkschaften bei Aktionen solcher Koalitionen erlaubt die Aktivierung der, wenn auch kleinen, Zivilgesellschaft. Dies ist eine weitere Ähnlichkeit mit dem Jahr 1968: Massenproteste wurden nicht „von oben“ initiiert, sondern sie brachten neue politische Führer hervor, die nach der Gründung von „grünen“ Parteien in der Folge Teil der politischen Elite wurden.

Die Frage bleibt offen, wer, wie die westliche Jugend 1968, zur Triebfeder einer russischen „samtenen Revolution“ werden könnte. Die jungen russischen Bürger sind noch völlig apolitisch, sie haben die Folgen der eingeschlagenen Politik noch nicht wirklich gespürt. Aber Massenproteste von Bürgern, angeführt von noch unbekanntem Persönlichkeiten, könnten auch die Wähler mobilisieren. In diesem Fall würden die administrativen Ressourcen ihre Effektivität verlieren und Wahlen wären kein ressourcenfressender Kampf von spin-doctors unter Verwendung schmutziger Tricks, sondern ein Wettkampf von unterschiedlichen Vorschlägen, wobei ein deutlicher Protestcharakter die Chancen der Opposition vergrößern würde. Da es bis zu den nächsten föderalen Wahlen noch lange hin ist, können regionale und lokale Wahlen zum ersten Prüfstein werden. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben und eine konsequente Arbeit zur Mobilisierung der Bürger sind der Hauptauftrag der Opposition.

Die Erfüllung dieser Aufgaben wird durch die Existenz demokratischer Verfassungsnormen erleichtert. Die

geltende Verfassung bewahrt in ihrem zweiten Kapitel „Die Rechte und Freiheiten des Menschen und des Bürgers“ die institutionellen Möglichkeiten dafür, dass die Bürger aktiv sein können und wird dadurch, bei einer Mobilisierung der Bürger, zu einem ernststen Hindernis für eine Verstärkung der autoritären Tendenzen.

Perspektiven für liberale Politik und liberale Kräfte

Die „Botschaften aus dem Gefängnis“, die Michail Chodorkowskij zugeschrieben werden, sind praktisch eine Botschaft der Staatsmacht an diejenigen, die sich als Liberale ansehen (oder sich wenigstens so nennen). Die Diskussionen um diese Botschaften erhellen das russische Verständnis des Begriffs „Liberalismus“. Hierbei ergibt sich ein äußerst widersprüchliches Bild. Etwas vereinfacht kann man folgende Positionen herausarbeiten:

- Liberale, die davon ausgehen, dass das Volk sie wegen ihrer unpopulären Reformen verabscheut, die ihre Fehler bekennen und deshalb den Liberalismus in der Krise darstellen. Sie wollen den Platz frei machen für neue Liberale und mit der Staatsmacht zusammenarbeiten („Chodorkowskij“);
- Liberale, die die liberalen Reformen der Vergangenheit wegen ihrer mangelnden Akzeptanz ebenfalls als Fehler sehen, aber in Reaktion darauf nicht mit der Staatsmacht zusammen arbeiten wollen, sondern gegen sie opponieren (Wladimir Ryshkow);
- Liberale, die für Reformen verantwortlich waren, diese Reformen aber weiterhin für unvermeidbar und erforderlich halten und deshalb nichts bereuen (Tschubajs, Gajdar);
- Nicht-Liberale, die davon ausgehen, dass der Liberalismus auf russischem Boden keinen Fuß fassen kann, denjenigen, die bereuen, aber eine Existenz im „liberalen Getto“ erlaubt sein sollte (Dmitrij Rogosin).

Grundsätzlich werden in dieser Diskussion die russischen Wirtschaftsreformen als „liberal“ bezeichnet und „Liberale“ werden für ihre Durchführung verantwortlich gemacht. Die Parteien SPS und Jabloko werden ebenfalls „liberal“ genannt. Es wird dann behauptet, dass die beiden liberalen Parteien ihre Niederlage bei den Parlamentswahlen im Dezember 2003 im ehrlichen Wettkampf erlitten haben und dass ihre Wahlergebnisse die Stimmung der Bürger korrekt widerspiegeln. Hierzu ist folgendes anzumerken:

Die in Russland durchgeführten Reformen waren keineswegs liberal. Die Privatisierung führte

zur Bildung von ungeheuren Monopolen und zu einer Verflechtung von Wirtschaft und Staat. Die parallel dazu verlaufenden Transformationen des politischen Systems, die einige Elemente von Freiheit bewahrten, hatten die institutionelle Erweiterung und Stärkung der Vollmachten des Präsidenten und die schrittweise Beseitigung der Selbstständigkeit der anderen Institutionen der Staatsmacht zum Ziel und legten den Grundstein für den heutigen Autoritarismus, in anderen Worten, sie hatten nichts gemeinsam mit Liberalismus im eigentlichen Sinne.

Die Positionen von SPS und Jabloko waren grundsätzlich verschieden. Jabloko entstand als Unterstützung für eine Alternative zu den Wirtschaftsreformen von Gadjar und Tschubajs. Jabloko lehnte deshalb einen großen Teil der von „Liberalen“ durchgeführten Reformen ab und kann somit nicht für diese Reformen verantwortlich gemacht werden.

Die Dumawahlen, bei denen Jabloko den Einzug ins Parlament verpasste, waren weder ehrlich noch frei. Das Wahlergebnis wurde durch die für den Sieg von „Einiges Russland“ in Anspruch genommenen administrativen Ressourcen, vor allem die zwei föderalen Fernsehprogramme, determiniert.

In Reaktion auf die Wahlniederlage hat sich das „liberale“ politische Lager in Russland verändert. Vertreter von Jabloko und SPS wie auch eine Reihe von unabhängigen Politikern, die Anspruch auf die Führung im demokratischen und liberalen Lager erheben, haben sich politischen Klubs angeschlossen, wie etwa dem „Komitet 2008“ („Komitee 2008“) oder der „Demokratitscheskaja Alternatiwa“ („Demokratischen Alternative“). Es sind auch Versuche unternommen worden, neue politische Parteien zu gründen. Zu nennen sind hier „Swobodnaja Rossija“ („Freies Russland“) des ehemaligen SPS-Vorstandsmitglieds und Präsidentschaftskandidatin Irina Chakamada sowie die Partei der „Neuen Rechten“.

Nach dem Rücktritt der alten Führung von SPS änderte sich die Position der Partei. Wahrscheinlich wird sie

in Zukunft als „Partei von Tschubajs“ liberalen Werten eine endgültige Absage erteilen und sich in eine konservative Partei verwandeln, die das Großkapital beschützt und den Präsidenten unterstützt.

Jabloko ist damit die letzte, jetzt schon außerparlamentarische Partei, die die politischen und sozialen Rechte der Bürger verteidigt. Unter einem autoritären Regime, sei es hart oder weich, gibt es für eine solche Partei nur einen Platz – in der Opposition. Falls das autoritäre Regime nicht weiter gestärkt wird, kann eine solche Partei eine Opposition innerhalb des Systems bilden und bei einzelnen Fragen sogar mit der Staatsmacht kooperieren. Wenn die autoritären Tendenzen aber zunehmen, bleibt für eine solche Partei nur ein Weg – ziviler Widerstand, Schutz der Menschenrechte und im äußersten Fall Dissidententum.

Solange es noch Wahlen gibt, an denen sich die Partei beteiligen kann, um den Bürgern ihre Einschätzung der politischen Lage darzustellen und Alternativen vorzuschlagen, solange sind noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Die 5.000 neuen Mitglieder, die Jabloko nach der Parlamentswahl im Dezember 2003 gewinnen konnte, zeigen, dass die Partei Chancen hat, diese für bürgerliche Parteien schwierige Zeit zu überleben. Fast alle russischen Politiker im demokratischen und liberalen Lager betonen die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns. Allerdings wird eine wirkliche Konsolidierung durch Auseinandersetzungen darüber, wer die Führungsrolle innerhalb einer demokratischen Koalition übernehmen soll, verhindert. Die Zukunft wird zeigen, ob Jabloko als einzige Partei, die ihre regionalen und lokalen Strukturen bewahrt hat, in der Lage sein wird, die kleinen demokratischen Parteien zu vereinigen, sich mit bekannten Politikern zusammenzuschließen und gesellschaftliche Bewegungen und die Bürger zu mobilisieren.

Übersetzung: Matthias Neumann

Redaktion: Hans-Henning Schröder / Heiko Pleines